Vijay Prashad & Mikaela Erskog

Afrika souverän?

(Debatte)

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2023 wurde Namibias Premierministerin Saara Kuugongelwa-Amadhila zur Entscheidung ihres Landes befragt, sich bei einer Resolution der UN-Generalversammlung zur Verurteilung Russlands wegen des Kriegs in der Ukraine zu enthalten. Kuugongelwa-Amadhila, eine Ökonomin, die seit 2018 amtiert, behielt die Ruhe. „Wir setzen uns für eine friedliche Lösung dieses Konflikts ein,“ sagte sie, „damit die gesamte Welt und alle Ressourcen der Welt darauf konzentriert werden können, das Leben der Menschen auf der ganzen Welt zu verbessern, statt dass sie dafür aufgewendet werden, Waffen zu beschaffen, Menschen zu töten und Feindschaft zu säen.“ Das Geld, das jetzt in Waffen gesteckt werde, so fuhr sie fort, „würde besser genutzt, um die Entwicklung in der Ukraine, in Afrika, in Asien und anderswo einschließlich Europas selbst voranzutreiben, wo viele Menschen in Not sind.“

Diese Sichtweise erfreut sich breiter Zustimmung auf dem gesamten afrikanischen Kontinent. Im September 2022 nahm Macky Sall als Vorsitzender der Afrikanischen Union die Forderung nach einer Verhandlungslösung auf und verwies darauf, dass Afrika unter den Folgen einer durch die Sanktionen hervorgerufenen Inflation bei Preisen für Nahrungsmittel und Treibstoff leide und zudem noch in den Konflikt hineingezogen werde, den die USA mit China provozierten. „Afrika“, sagte er, „hat genug unter der Bürde der Geschichte gelitten ... es will nicht die Brutstätte eines neuen Kalten Krieges werden, sondern vielmehr ein Anker der Stabilität und der Chancen und offen sein für alle seine Partner.“

Die „Bürde der Geschichte“ und ihre Kennzeichen sind wohl bekannt: Dazu gehören die Zerstörungen, die der atlantische Sklavenhandel bewirkt hat, die Schrecken des Kolonialismus, die Gräueltaten der Apartheid und die Schaffung einer permanenten Schuldenkrise durch neokoloniale Finanzstrukturen. Während sich europäische Länder bereicherten und ihre industrielle Entwicklung voranbrachten, machte der Kolonialismus Afrika zu einer bloßen Quelle von Rohstoffen und zum Konsumenten für Fertigprodukte. Die

Austauschverhältnisse (*terms of trade*) verwickelten seine Staaten in eine Spirale der Verschuldung und Abhängigkeit. Versuche, aus diesem Zustand auszubrechen – von Kwame Nkrumah in Ghana oder Thomas Sankara in Burkina Faso – führten zu vom Westen unterstützten Staatsstreich. Deshalb lebt heute trotz unermesslichen Reichtums an Natur- und Bodenschätzen und hohen menschlichen Fähigkeiten mehr als ein Drittel der afrikanischen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze; das ist fast neunmal so viel wie der Durchschnitt weltweit. Ende 2022 beliefen sich die gesamten Auslandsschulden von Afrika südlich der Sahara auf die Rekordsumme von 789 Mrd. US\$: das Doppelte der Schulden ein Jahrzehnt zuvor und 60 % des Bruttoinlandsprodukts des Kontinents.

Im letzten Jahrhundert waren die führenden Kritiker dieser kolonialen Dynamik Nkrumah und Walter Rodney¹; doch gegenwärtig gibt es kaum wissenschaftliche Arbeiten, die ihr Erbe weiterführen. Ohne diese Voraussetzungen fehlt uns oft die begriffliche Klarheit, um die gegenwärtige Phase des Neokolonialismus, deren Standardbegriffe – „Strukturanpassung“, „Liberalisierung“, „Korruption“, „gute Regierungsführung“ – von westlichen Institutionen den afrikanischen Wirklichkeiten aufgezwungen werden, richtig zu entziffern. Doch wie Sall und Kuugongelwa-Amadhila zeigen, haben die zuletzt aufgetretenen Krisen – die COVID-Pandemie, der Krieg in der Ukraine, die zunehmenden Spannungen mit China – die wachsende politische Kluft zwischen westlichen und afrikanischen Staaten ins Blickfeld gerückt. Während erstere sich geradewegs in einen Großmachtkonflikt mit nuklearen Risiken stürzen, fürchten letztere, dass die Kriegstreiberei ihre Aussichten auf Entwicklung weiter verschlechtern wird.

Während afrikanische Staaten sich von den atlantischen Mächten weg bewegt haben, haben sich viele China angenähert. 2021 hatten 53 Länder auf dem Kontinent sich dem *Forum on China-Africa Cooperation* (FOCAC) angeschlossen, das Handel und diplomatische Beziehungen fördern soll. Über die letzten beiden Jahrzehnte hat der bilaterale Handel Jahr für Jahr zugenommen – von 10 Mrd. US\$ im Jahr 2000 auf 254,3 Mrd. US\$ 2021. Die VR China ist so für die Mehrheit der afrikanischen Staaten zum wichtigsten Handelspartner geworden. Auf der achten FOCAC-Konferenz erklärte China, es werde 2025 verarbeitete Produkte aus afrikanischen Ländern im Wert von 300 Mrd. US\$ importieren und den zollfreien Handel ausweiten, um später die Zölle auf 98 % der steuerpflichtigen Güter aus den zwölf am wenigsten entwickelten Ländern ganz aufzuheben. Das Nachleben des Kolonialismus bedeutet, dass der Überseehandel Afrikas noch immer in hohem Maß schuldenfinanziert ist; seine Exporte bestehen größtenteils aus

1 S. den Nachruf auf Rodney in *PERIPHERIE*, Nr. 2 (1981); Anm. d. Ü.

unverarbeiteten Rohstoffen, während es sich bei den Importen zumeist um Fertigwaren handelt. Chinas Motive für Investitionen in Afrika bestehen in dem Wunsch, die eigene Rolle in der globalen Warenkette zu stärken und in politischen Zwängen afrikanische Unterstützung für eigene außenpolitische Positionen zu bekommen (etwa in der Taiwan-Frage).

Chinesische Finanzinstitutionen haben auch bedeutende Darlehen für afrikanische Infrastrukturprojekte bereitgestellt und ringen mit einem jährlichen Ausfall von 100 Mrd. US\$. Chinas Fortschritte bei Künstlicher Intelligenz, Biotechnologie, grüner Technologie, Hochgeschwindigkeitsbahnen, Quantencomputern, Robotertechnik und Telekommunikation sind für afrikanischer Staaten attraktiv, deren neue Industriestrategien – etwa die Entwicklung der Afrikanischen Kontinentalen Freihandelszone (AfCFTA) – auf Technologietransfers aufbauen. Wie der frühere Präsident von Senegal Abdoulaye Wade 2008 schrieb, ist „Chinas Ansatz unseren Bedürfnissen schlicht besser angepasst als der langsame und manchmal paternalistische Ansatz europäischer Investoren, Geberorganisationen und Nicht-Regierungsorganisationen.“ Diese Sichtweise ist in Ländern weit verbreitet, die noch immer von den Schuldenfallen des IWF erdrückt werden. Sie hat noch mehr an Bedeutung gewonnen angesichts des kürzlichen Rückgangs westlicher ausländischer Direktinvestitionen auf dem Kontinent.

Die engeren Beziehungen zwischen Afrika und China haben eine vorhersehbare Gegenreaktion aus Washington ausgelöst. 2022 haben die USA ein Strategie-Papier veröffentlicht, das ihr Vorgehen in Afrika südlich der Sahara skizziert. Gegenüber dem, was dort als die eigenen „hochwertigen, wertorientierten und transparenten Investitionen“ beschrieben wird, erscheinen Chinas Investitionen als Versuch, „die regelbasierte internationale Ordnung in Frage zu stellen, die eigenen engen kommerziellen und geopolitischen Interessen zu verfolgen, Transparenz und Offenheit zu untergraben und die Beziehungen der USA mit afrikanischen Völkern und Regierungen zu schwächen.“ Um diesen „schädlichen Aktivitäten“ entgegenzutreten, möchten die USA die Konkurrenz weg von Handel und Entwicklung, wo China im Vorteil ist, hin zu Militarismus und Informationskriegsführung verlagern, wo Amerika noch immer dominiert.

Die USA errichteten 2007 den *Africa Command* (AFRICOM) und bauten in den folgenden fünfzehn Jahren 29 Militärbasen auf dem Kontinent. Sie sind Teil eines Netzwerks, das 34 Länder umfasst. Die ausdrücklichen Ziele von AFRICOM bestehen im „Schutz amerikanischer Interessen“ und der „Erhaltung der Überlegenheit gegenüber Konkurrenten“. Es soll die „Interoperabilität“ zwischen afrikanischem Militär und Spezialkräften der USA und der NATO verbessern. Der Bau von Militärbasen und die Schaffung von

Verbindungsbüros mit afrikanischen Armeen war der primäre Mechanismus, der die Autorität der USA gegenüber China stärken sollte. 2021 schrieb der AFRICOM-General Stephen Townsend, dass die Vereinigten Staaten „es sich nicht mehr leisten können, die wirtschaftlichen Chancen und die strategische Bedeutung zu unterschätzen, die Afrika verkörpert und die Konkurrenten wie China und Russland anerkennen“.

Zugleich verstärkten die USA ihre Propagandakampagne auf dem Kontinent. Die *COMPETES Act*, die der Senat im März 2022 verabschiedete, bewilligte als Teil des Kampfes gegen „Desinformation“ der VR China 500 Mio. US\$ für die *US Agency for Global Media*. Ein paar Monate später begannen in Zimbabwe Berichte zu kursieren, dass die US-Botschaft Ausbildungs-Workshops finanziert hatte, in denen Journalist*innen angeregt wurden, sich mit chinesischen Investitionen zu befassen und diese zu kritisieren. Die mit diesen Vorhaben befasste lokale Organisation wird vom *Information for Development Trust* finanziert, der seinerseits sein Geld vom *National Endowment for Development* der US-Regierung erhält.

Es erübrigt sich zu erwähnen, dass die Militarisierung Afrikas durch den Westen während des letzten Jahrzehnts nichts für seine Menschen getan hat. Erst gab es 2011 den katastrophalen Krieg in Libyen, wo die NATO an der Spitze des Versuchs zum Regimewechsel stand und der hunderte zivile Opfer kostete sowie zur Zerstörung entscheidender Teile der Infrastruktur führte (einschließlich des weltweit größten Bewässerungsprojekts, das 70 % des gesamten Frischwassers in Libyen lieferte). Im Gefolge dieses Krieges erlebte die Sahel-Zone eine Zunahme von Konflikten, von denen viele durch neue Formen von Miliz-Aktivitäten, Piraterie und Schmuggel angetrieben wurden. Bald darauf begann Frankreich mit Interventionen in Burkina Faso und Mali, die – anstatt das durch den westlichen Krieg in Libyen verursachte Chaos zu beheben – weiter zur Destabilisierung des Sahel beitrugen und es dschihadistischen Gruppen ermöglichten, große Gebiete zu übernehmen. Das militärische Eingreifen Frankreichs trug nichts zur Verbesserung der unsicheren Verhältnisse bei. Vielmehr verschlechterte sich die Position beider Länder auf dem *Global Terrorism Index*: Von 2011 bis 2021 bewegte sich Burkina Faso vom 113. auf den 4., Mali vom 41. auf den 7. Rang. Derweil setzten die USA ihre jahrzehntelange Intervention in Somalia fort, internationalisierten so die lokalen Konflikte und stärkten die gewalttätigen extremistischen Gruppierungen.

Der 2022/23 vollzogene Abzug der französischen Truppen aus Teilen des Sahel hat das Ausmaß der westlichen Militäroperationen im Sahel kaum vermindert. Die USA behalten ihre großen Basen in Niger; sie haben sich neuerlich in Ghana festgesetzt; und sie haben kürzlich angekündigt, eine

„dauerhafte Präsenz“ in Somalia aufrechtzuerhalten. Es ist klar, dass der Plan der Afrikanischen Union, „die Waffen zum Schweigen zu bringen“ – ihre Kampagne für ein konfliktfreies Afrika bis 2030 – niemals erfüllt werden kann, solange westliche Staaten ihre blutigen Interventionen fortsetzen und Rüstungsfirmen fette Gewinne aus Waffenverkäufen an staatliche und nicht-staatliche Akteure einfahren. Mit der Explosion afrikanischer Rüstungsausgaben zwischen 2010 und 2020 (um 339 % in Mali, 288 % in Niger und 238 % in Burkina Faso) hat sich allmählich ein Teufelskreis aus Militarismus und Unterentwicklung etabliert. Je mehr Geld für Waffen ausgegeben wird, desto weniger ist verfügbar für Infrastruktur und Entwicklung. Je weniger für Entwicklung ausgegeben wird, desto wahrscheinlicher ist der Ausbruch bewaffneter Gewalt, was zu Rufen nach weiteren Militärausgaben führt.

2023 wird die Afrikanische Union den 60. Jahrestag der Gründung ihrer Vorgängerorganisation, der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), begehen. Auf der Gründungskonferenz der OAU schärfte Nkrumah den anwesenden Führungspersonlichkeiten ein, dass die Organisation zum Erreichen wirtschaftlicher Integration und Stabilität eine ausdrücklich *politische* sein müsse – bestimmt von einem klaren und konsequenten Antiimperialismus. „Afrikanische Einheit“, sagte er, „ist vor allem ein politisches Reich, das nur mit politischen Mitteln geschaffen werden kann. Zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas wird es nur innerhalb des politischen Reiches kommen, nicht umgekehrt.“ Doch ungeachtet aller Anstrengungen der Entkolonisierungsbewegungen haben letztlich wirtschaftliche Interessen – in erster Linie diejenigen der westlichen multinationalen Konzerne und der sie unterstützenden Staaten – die Politik usurpiert. Dabei wurde die afrikanische Einheit ausgehöhlt und mit ihr die Souveränität und Würde des afrikanischen Volkes.

Nkrumahs Zukunftsvision mag 2023 weit von ihrer Erfüllung entfernt sein. Seine Behauptung, dass „heute kein unabhängiger afrikanischer Staat auf sich gestellt eine Chance hat, einen unabhängigen Entwicklungsweg zu verfolgen“, klingt immer noch zutreffend. Trotz einige ehrenwerter Anläufe wie der Resolution von 2016, in der alle ausländischen Militärbasen verboten wurden, war die Afrikanische Union bisher nicht in der Lage, sich von den neokolonialen Zwängen zu befreien. Doch die Weigerung des Kontinents, sich auf den Neuen Kalten Krieg einzulassen – seine Forderungen nach Verhandlungen in der Ukraine, seine Neubestimmung internationaler Partnerschaften – verweist darauf, dass eine andere Weltordnung möglich ist: eine, in der Afrika nicht mehr auf den „vereinigten Westen“ festgelegt ist.

Original: Vijay Prashad & Mikaela Erskog: „Sovereign Africa?“. In: *New Left Review Sidecar*, 9. März 2023, <https://newleftreview.org/sidecar/posts/sovereign-africa?pc=1502>.

Übersetzung aus dem Englischen: Reinhart Kößler

Weitere Lektüre: Arrighi, Giovanni: „The African Crisis. World Systemic and Regional Aspects“. In: *New Left Review*, Nr. 15 (Mai/Juni 2002) <https://newleftreview.org/issues/ii15/articles/giovanni-arrighi-the-african-crisis>.

Anschrift des Autors

Vijay Prashad

vijay@thetricontinental.org

Anschrift der Autorin

Mikaela Erskog

mikaela@thetricontinental.org